

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

25.9.1925 (No. 222)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Kneub.
Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. — Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung, Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralbandregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Kehler Reise des Staatspräsidenten

Staatspräsident Dr. Hellsbach hatte die Absicht, der Einladung der Stadtgemeinde Kehl und des Verkehrsvereins Kehl folgend, dem am Sonntag, den 27. d. M. stattfindenden Heimattag anzuschließen, um mit den Bewohnern des besetzten Gebietes in persönliche Fühlung zu treten und durch seine Anwesenheit der dauernden Fürsorge der Badischen Regierung für das besetzte Gebiet sichtbaren Ausdruck zu geben. Die Verwirklichung dieser Absicht hat sich nunmehr zu dem lebhaftesten Bedauern des Herrn Staatspräsidenten nicht ermöglichen lassen.

Der Delegierte der Interalliierten Rheinlandsberkommmission hat dem Landrat in Kehl gegenüber erklärt, er wünsche den Herrn Staatspräsidenten in Kehl zu sprechen. Er, der Delegierte, habe von der Interalliierten Rheinlandsberkommmission den Auftrag, dem Herrn Staatspräsidenten zu eröffnen, daß eine Rede mit Anspielungen auf politische Zustände in den entrienen Gebieten, wie sie der Herr Staatspräsident kürzlich beim Karlsruher Heimattag gehalten habe, in Kehl nicht geduldet werden könne. Dieses Auftrages wolle er sich gegenüber dem Herrn Staatspräsidenten persönlich entledigen und zwar bevor der Herr Staatspräsident sich zu dem vorgesehenen Bankett begeben.

Es ist ersichtlich, daß sich der Staatspräsident einer derart entwürdigenden Zurechtweisung und Zumutung nicht anziehen kann. Die Bevölkerung des besetzten Gebietes sowie die Bevölkerung des gesamten Landes Baden wird es darnach verstehen, wenn der Herr Staatspräsident seine Absicht, am dem Heimattag teilzunehmen, aufgeben mußte.

Frankreichs Vorschläge zur Regelung seiner amerikanischen Schulden

Nach einer Meldung des „Matin“ aus Washington hat Finanzminister Caillaux am Donnerstag der amerikanischen Schuldenfunktionskommission folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Frankreich erkennt formell seine Kriegsschulden an und ist bereit, sie im Betrage von 2933 Millionen Dollar zurückzahlen;
2. Frankreich schlägt vor, zu dieser Summe die Schuld aus dem noch nicht bezahlten Anteil des von dem amerikanischen Heere im Jahre 1919 zurückgelassenen Materials im Betrage von 407 Millionen Dollar hinzuzurechnen, wodurch sich die französische Schuld auf 3340 Millionen Dollar erhöhen würde;
3. Frankreich nimmt als Zahlungsmodus die von amerikanischen Kongreß vorgeschlagene Zeitschrift von 62 Jahren an und wird keine Zahlungen staffeln;
4. Frankreich verlangt kein Moratorium und schlägt vor, während der ersten 5 Jahre jährlich 25 Millionen Dollar einschließlich 20 Millionen Dollar Zinsen für die aufgelaufenen Kriegsmaterialvorräte zu zahlen, während weiterer 5 Jahre je 30 Millionen, die darauf folgenden 10 Jahre 45 oder 50 Millionen Dollar und von 1946 ab während der noch verbleibenden 42 Jahre Zahlungen, die sich progressiv bis zu 80 Millionen Dollar steigern.

Frankreich fordert aber, daß den Abmachungen eine Klausel beigelegt werde, durch die seine Zahlungsfähigkeit in Rechnung gestellt werde, damit, wenn sie geringer sei als man jetzt annehme, die versprochenen Zahlungsbeträge herabgesetzt werden können.

Paris, 25. Sept. „Newport Herald“ veröffentlicht ein Telegramm aus Washington, wonach es als gewiß angesehen werde, daß die französischen Vorschläge für unannehmbar erklärt würden. Heute werde Schatzsekretär Mellon der französischen Delegation die Mindestzahlungen bekannt geben, die die Vereinigten Staaten erwarten.

Einheitliches Beamtengehalt. Im Preussischen Landtag ist ein Antrag Barteld-Baunover (Dem.) eingegangen, durch den das Staatsministerium ersucht wird, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß mit größter Beschleunigung ein einheitliches Beamtengehalt geschaffen wird, das für alle Beamten des Reiches, der Reichsbahn, der Länder, der Gemeinden und der Körperschaften des öffentlichen Rechts, Gültigkeit hat. Dieses Gesetz soll auch Bestimmungen enthalten über das Dienstverfahren, die Dienststrafen, die Krankenfürsorge, die Beamtenvertretungen, das Warte- und Ruhegeld, die Hinterbliebenenfürsorge, die Rechtsverhältnisse der Beamten und Amtsanwärter das Besoldungsverfahren und den Rechtsweg für die öffentlichen Rechtsansprüche der Beamten.

Von einem Erfolge der Spanier in Marokko wird berichtet: Die in der Nacht von Alhucemas gelandeten spanischen Truppen sind wieder zur Offensive übergegangen. Es sollen 15 000 Mann, unterstützt von der Flotte, zum Angriff übergegangen sein. Nach vierstündigem erbittertem Kampf, an dem neben der Artillerie auch Flugzeuge teilgenommen haben, ist es den Spaniern gelungen, sich der Halbinsel Morro-Viejo und des Berges Malmul zu bemächtigen. Die Spanier melden, daß viel Kriegsmaterial erbeutet wurde. Der Vormarsch nach Abir dauere an.

Wirtschaftliche Umschau

In einer kürzlich gehaltenen Rede über die Lage der badischen Finanzen, die er als durchaus geordnet erklärte, machte Finanzminister Dr. Köhler eine Reihe bedeutsamer Mitteilungen. Von Interesse ist es, daß die Millionen des sog. Badendollars, jenes im Oktober 1923 geschaffenen werbeständigen Geldes, wegen dessen verschiedentlich scharfe Angriffe gegen Baden gerichtet worden waren, bis auf 200 000 Mark, die sich noch im Verkehr befinden, gegen andere Zahlungsmittel eingelöst sind, ohne daß der badische Haushalt Erschütterungen erlitt. Der Minister, der auch weiterhin eine Politik strenger Sparsamkeit ankündigte, stellte ferner eine durchgreifende Änderung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes in Aussicht, wodurch die weniger Leistungsfähigen entlastet werden sollen. Der Minister kündigte weiter eine Besserung der Beförderungsmöglichkeiten für die vorhandenen Beamten an, Gewährung von zinslosen Darlehen zur Beschaffung von Wintervorräten und erneute Vorstellungen Badens für die Erhöhung der Aufwertung der badischen Eisenbahnobligationen hält der Minister für vertretbar, sobald die Länder aus ihren Eisenbahnaktien eine Dividende erhalten.

Recht günstig war das Bild, das der Minister über die Lage der wirtschaftlichen Unternehmungen des badischen Staates und das, was an Vermögenswerten in den letzten Jahren geschaffen oder vermehrt worden ist, geben konnte. Der Wert des Badenwerks ist wesentlich höher, als er sich in dem 18 Millionen Mark betragenden Aktienkapital ausdrückt. Das Schwarzenbachwerk geht in diesem Jahr seiner Vollendung entgegen, die Überlandleitungen des Badenwerks sind 1700 Kilometer lang. In wenigen Wochen wird die Verbindung durch eine 100 000 Voltleitung mit der Schweiz fertiggestellt sein, sodas wir von dort in der wasserarmen Zeit Strom beziehen können, und zu gleicher Zeit wird die Verbindung mit den Rheinischen Braunkohlenwerken fertig. Der Bau des wirtschaftlichen Werks am Oberrhein (Niederschwarzwald), das eine halbe Milliarde Kilowattstunden jährlich liefert, wird demnächst in Angriff genommen, und es wird sich dabei Baden wie die Schweiz mit 25 Prozent beteiligen. Aus dem Kaliwerk Buggingen, an dem das Land mit 33 Proz. beteiligt ist, wird unsere Landwirtschaft noch im Laufe dieses Jahres hochwertiges badisches Kali beziehen können. Im badischen Schiffahrtskongress in Mannheim, einer der größten Unternehmungen am Rhein, hat das Land Baden maßgebenden Einfluß, wie es auch am Dampfstraßenwerk Mannheim, der Dampfseife des Badenwerks mit 26 Proz. beteiligt ist. Der Minister konnte feststellen, daß diese wie andere Unternehmungen, an denen der badische Staat beteiligt ist, Badische Bank, Waldbetz der Murgschiffahrtsgesellschaft, Majolikamanufaktur in Karlsruhe, Mittelbad. Eisenbahn A.G., Zuckerraffinerie Waghäusel wie auch die reinen Staatsunternehmungen Staatsbrauerei Rothaus A.G., Vereinigte badische Staatsfahnen, trotz der jetzigen schwierigen Wirtschaftslage sich durchaus in fester Position befinden und ihr Geschäftsgang recht befriedigend ist.

Finanzminister Dr. Köhler hat in dieser Rede weiter mitgeteilt, daß die Elektrifizierung der badischen Bahnen, insbesondere der großen Durchgangsstrecke Mannheim-Basel in das nächste Bauprogramm der Reichsbahn aufgenommen ist und daß Baden die dazu benötigten etwa 125 Millionen Kilowattstunden jährlich liefern kann. Da bekanntlich die elektrische Zugförderung auch über Mannheim bis Frankfurt a. M. angestrebt wird und die schweizerische Gotthardbahn von Basel bis zur italienischen Grenze elektrifiziert ist, wäre dadurch eine durchgängige elektrische Zugförderung von Frankfurt bis Italien erreicht.

Dieses Ziel ist für Baden auch deshalb von großer Bedeutung, weil eine andere Nord-Südlinie sich zurzeit gleichfalls im Stadium der Elektrifizierung befindet, die Linie durch Bayern und Tirol über den Brenner, und weil Baden als Fremdenverkehrs- und Durchgangsland hier nicht in den Hintergrund geraten darf. Die Elektrifizierung der österreichischen Strecke, von der bayerischen Grenze bis zum Brenner ist bereits im Bau. Gefördert ist die italienische Strecke vom Brenner bis Bozen, und ihre Weiterführung bis Verona wird angestrebt. Im Bau ist auch die bayerische Strecke

München-Rosenheim-Kufstein und die Strecke nördlich von München bis Regensburg (das etwa auf gleicher geographischer Breite wie Karlsruhe liegt), wobei die Hälfte dieser Strecke, (München-Landshut), bereits fertiggestellt ist und demnächst in Betrieb genommen wird. Bis zur Fertigstellung der Gesamtstrecke Regensburg-Berona dürften jedoch immerhin noch zwei Jahre vergehen. Natürlich wird in Bayern die Fortsetzung der Elektrifizierung nördlich über Regensburg hinaus bis Hof und Leipzig angestrebt und zweifellos auch in absehbarer Zeit verwirklicht, zumal durch den im Gang befindlichen Ausbau des Donau-Main-Kanals sehr große Wasserkräfte gewonnen werden.

Die über Baden führende westliche Nord-Südlinie hat dadurch einen gewissen Vorsprung, daß die Elektrifizierung der Alpenstrecke durch die Schweiz bereits fertig gestellt ist, und auch deshalb setzt man mit Recht in Baden alles daran, um deren Fortsetzung auf deutschem Boden baldigst zu erreichen. Die elektrische Zugförderung ist dazu auf Strecken mit starkem Verkehr rentabler als Dampftrieb und läßt eine dichtere Zugfolge zu.

In der Frage des Preisabbaus hat die Reichsregierung sozusagen eine Flucht in die Öffentlichkeit angetreten. In einer Sitzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats gaben die zuständigen Minister Erklärungen ab, aus denen vor allem hervorgeht, daß die Aktion weiter fortgesetzt werden soll und ein wirksames Vorgehen gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung geplant ist. Der Reichswirtschaftsminister Dr. Reusch wies dabei darauf hin, daß zwar alle Wirtschaftsgruppen zur Preislenkungsaktion grundsätzlich ihre Mitarbeit zugesagt haben, daß aber dies herzlich wenig nütze, wenn nicht Taten folgen. In vielen Erwerbskreisen bestehe die Tendenz, ihrerseits jegliche Opfer abzulehnen, aber von anderen Wirtschaftsgruppen Zugeständnisse zu verlangen. Damit sei natürlich ein Weiterkommen unmöglich. Alle Wirtschaftskreise müssen hier durch die Tat mitwirken. Der Minister stellte ferner in Aussicht, daß die Regierung sich im Notfall gezwungen sehen könne, die Sätze des autonomen Zolltarifs auf Grund der ihr erteilten Ermächtigung herabzusetzen, falls sich das Preisniveau der Wirtschaft auf diese autonomen Sätze einstelle, bevor durch die Handelsverträge die niedrigeren Sätze der Vertragstarife in Geltung getreten sind. Der Reichslandwirtschaftsminister Graf Kanitz stellte wiederum fest, daß sich die Spanne zwischen Erzeuger- und Kleinverkaufspreis gegenüber der Vorkriegszeit erhöht hat und daß dies in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß jetzt eine größere Anzahl von Personen an der Spanne teilnimmt. Insbesondere wies er auf die immer noch zu große Spanne zwischen Fleisch- und Viehpreisen hin, die weiter verringert werden müsse.

Daß technische Neuerungen — es sei aus längtvergangenen Zeiten an die Bekämpfung der Eisenbahnen, des mechanischen Webstuhls unter vielem anderen erinnert — sich vielfach nur unter erheblichen Kämpfen durchsetzten, auch wenn sie der Allgemeinheit größte Vorteile brachten, ist eine Erfahrung nicht von heute. Und ebenso ist es bekannt, daß in solchen Fällen die widerstrebenden Interessenten statt der wirklichen Gründe des Widerstands Dinge in den Vordergrund schieben, die zu einem gewissen Teil sogar wirklich, im übrigen aber nur scheinbar vom Standpunkt der Allgemeinheit gegen die Neuerungen sprechen. Im Kleineren erleben wir das hier wieder bei der Bekämpfung der Erfindung, durch welche man aus den Dämpfen beim Brotbacken Alkohol (in ganz Deutschland schätzungsweise jährlich 500 000 Hektoliter) gewinnen will.

Sofort sind von seiten der Kartoffelbrenner und -Produzenten dagegen Einwände laut geworden, von denen diejenigen Übergangen werden können, die von der Unwirtschaftlichkeit des Verfahrens sprechen, da es sich in diesem Falle ja sowieso nicht einführen lassen würde. Weiter wird gesagt, wir hätten in Deutschland genug Kartoffeln und Tirol über den Brenner, und weil Baden als Fremdenverkehrs- und Durchgangsland hier nicht in den Hintergrund geraten darf. Die Elektrifizierung der österreichischen Strecke, von der bayerischen Grenze bis zum Brenner ist bereits im Bau. Gefördert ist die italienische Strecke vom Brenner bis Bozen, und ihre Weiterführung bis Verona wird angestrebt. Im Bau ist auch die bayerische Strecke

Halben Million Sektoliter Alkohol entsprechen ganz erhebliche Mengen Stärke, aus der bekanntlich durch Vergärung und Destillation der Alkohol gewonnen wird. Gelingt es, aus Dämpfen, die sonst in der Luft verschwinden, solche Alkoholmengen herzustellen, so werden eben die entsprechenden Mengen Stärke für menschliche Ernährung, Futter- und industrielle Zwecke frei. Bekanntlich ist die Einfuhr von stärkehaltigen Futtermitteln aus dem Ausland (Gerste, Mais) nicht gering und würde so eine Einschränkung erfahren können, wenn die Kartoffelverarbeitung in geeignete neue Bahnen geleitet wird. Sollte wirklich die neue Art der Alkoholgewinnung — Brennpirritus wird übrigens schon längst auch aus den Abläugen bei der Sulfizellulosefabrikation gewonnen — den angeforderten bedeutenden Umfang annehmen, so müßten eben erforderlichenfalls Umstellungen bei Brennern wie auch bei den Produzenten erfolgen, nicht aber dürften einer solchen Verbreiterung unserer Rohstoffbasis Schwierigkeiten gemacht werden, weil es Interessenten wünschen.

Deutschland und die Sicherheitskonferenz

Die Aufgaben der deutschen Unterhändler
Wie die Berliner Blätter melden, wird nach der Beratung der Ministerpräsidenten und der Tagung des auswärtigen Ausschusses des Reichstags das Reichskabinett in der nächsten Woche nochmals zu einer Sitzung zusammen treten, in der über die Haltung Deutschlands zu den auf der Balkonferenz zu erörternden Fragen Beschluß gefaßt werden soll. Nach den Äußerungen mehrerer Blätter dürfte als Grundlage der Konferenzverhandlungen der Londoner Entwurf der Juristen dienen, der, wie die Blätter wissen wollen, eine nicht ganz ungünstige Aufnahme in Berlin gefunden hat. Die Frage der Tagesordnung der Konferenz ist jedoch noch nicht gelöst. Deutschland vertritt hier den Standpunkt, daß sich die Konferenz lediglich auf den Westpakt beschränken solle. Wie die Blätter hervorheben, dürfte ebenso wie bei der Londoner Konferenz eine Reihe wichtiger Fragen in privaten Erörterungen besprochen werden. Die Blätter nennen als notwendige „Mildwirkung“ des Abschlusses eines Sicherheitspactes die Herabminderung der Besatzungslasten, Verkürzung der Fristen für die Befestigung der Räumung der Kölner Zone. Ferner die Frage der Behandlung des Saargebietes — ein Zustand vollen Friedens könne eintreten, wenn das Datum für die Volksabstimmung des Saargebietes über seine endgültige Staatszugehörigkeit, die im Friedensvertrag erst in 10 Jahren vorgesehen ist, nicht vorgelegt wird — schließlich der dem deutschen Empfinden und der deutschen Auffassung völlig widersprechende Investigationsbeschluß des Völkerbundes, durch den eine Verewigung der militärischen Kontrolle über Deutschland noch dazu unter französischer Führung vorgesehen ist.

Nach zuverlässigen Informationen, die der Presse zugänglich sind, über den Ort der bevorstehenden Konferenz über den Sicherheitspact eine endgültige Entscheidung nicht getroffen. Die Tatsache, daß diesmal zwei Delegierte für die Konferenz bestimmt wurden, ruft das Gedächtnis an die gemalten physischen Anstrengungen wach, denen sich im vorigen Jahre die drei Delegierten des Reichskabinetts auf der Londoner Konferenz zu unterziehen hatten. Aus diesem Grunde wäre die Wahl eines einzigen Delegierten einfach ausgeschlossen gewesen. Aber die Tagesordnung der Konferenz ist eine bestimmte Festsetzung bisher nicht getroffen. Das Programm der deutschen Regierung ist aus den verschiedenen Kundgebungen des Kabinetts und der berufenen Minister bekannt. Für die Frage des Eintritts in den Völkerbund kommt das Memorandum vom September v. J. in Betracht, daß alle Angelegenheiten von deutscher Seite vorgetragen werden, die mit dem Sicherheitspact zusammenhängen, ist selbstverständlich. Unter diesen Umständen muß natürlich mit einer längeren Dauer der Konferenz gerechnet werden.

Locarno Konferenzort?
W.A. Paris, 25. Sept. Habas verbreitet eine Meldung aus Locarno, aus der hervorgeht, daß der französische Generalkonsul aus Genf bereits dort eingetroffen ist, um mit dem Bürgermeister die Frage der Unterbringung der französischen Delegation für die Balkonferenz zu erörtern.

Keine Kolonien für Deutschlands Eintritt in den Völkerbund
W.A. London, 25. Sept. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt zu der Annahme der Einladung der Allierten durch die deutsche Regierung u. a.: Die britische Regierung wünscht selbstverständlich sehr dringend Deutschlands baldigen Eintritt in den Völkerbund. Aber die Zeitungsberichte, die behaupten, daß Großbritannien bereit sein würde, Deutschland diesen Schritt dadurch zu erleichtern, daß ihm unter einem Mandat des Völkerbundes Togo, Kamerun oder gar die Karolinen — die Japan als Mandatar verwalten — zurückerstattet werden sollten, sind selbstverständlich unbegründet.

Mussolini nimmt teil
W.A. Rom, 25. Sept. „Messaggero“ teilt mit, daß Mussolini an der Ministerkonferenz über die Sicherheitsfrage nicht teilnehmen könne, da zu gleicher Zeit der faschistische Große Rat in Rom tagt.

Keine sozialdemokratische Balkonferenz
Der „Vorwärts“ bementiert die Nachricht der Agentur Gagas und der Schweizerischen Depeschagentur, daß die Führer der deutschen Sozialdemokratie Hermann Müller und Otto Wels in Genf zu Beratungen mit sozialistischen Führern anderer Länder über den Sicherheitspact und das Schiedsgerichtsverfahren eingetroffen seien. Beide befinden sich in Berlin.

Die amtliche Großhandelsindexziffer vom 23. Sept. Die auf den Stichtag des 23. September berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stand vom 16. September (125,3) um 0,3 v. H. auf 124,9 zurückgegangen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse von 120,3 auf 120,0 oder um 0,2 v. H. nachgegeben, während die Industriegüter mit 134,3 (Vorwoche 134,5) nahezu unverändert blieben.

Im Lohnkonflikt in der rheinischen Braunkohlenindustrie wurde am Donnerstag folgender Schiedspruch gefällt: 1. Die Löhne nach den mit dem Arbeitgeberverband des rheinischen Braunkohlenreviers abgeschlossenen Verträgen werden mit Wirkung vom 1. Oktober ab um 8 Prozent erhöht mit Aufrechnung auf 5 Pfg. nach oben. 2. Diese Regelung gilt unteilbar bis 1. März 1926. Von da an tritt monatliche Kündigung ein, erstmals zum 1. April 1926. Erklärungsfrist 28. September.

Politische Neuigkeiten

Der Völkerbund für die internationale Wirtschaftskonferenz

In der Plenarversammlung des Völkerbundes am Donnerstag kam das Projekt Loucheur für die Vorbereitung einer allgemeinen Wirtschaftskonferenz zur Beratung. Er unterstrich in seiner Rede seine privatwirtschaftliche Grundausfassung stark, fügte aber hinzu, daß das allgemeine Wohl nicht der Anarchie der privaten Interessen geopfert werden dürfe. Loucheur schloß unter hartem Beifall mit den Worten: „Meine Herren, sagen wir den Völkern die Wahrheit!“ Die Entstehung, die dazu gefaßt wurde, hat in ihrer letzten Vereinerung folgenden Wortlaut: „Fest entschlossen, alle geeigneten Mittel zur Sicherung des Weltfriedens zu suchen, überzeugt, daß der Wirtschaftsfriede in hohem Maße dazu beiträgt, die Sicherheit unter den Völkern zu festigen, und daß es notwendig ist, die Schwierigkeiten zu prüfen, die der Wiederherstellung der allgemeinen Wohlfahrt im Wege stehen, sowie die besten Mittel ausfindig zu machen, die zur Überwindung der Hindernisse und Vermeidung von Konflikten geeignet sind, ladet die Versammlung den Völkerbundrat ein, so rasch wie möglich die Einsetzung eines auf breiter Grundlage ruhenden vorbereitenden Ausschusses zu prüfen, der sich auf die technischen Organe des Völkerbundes und des Internationalen Arbeitsamts stützt, die Arbeiten einer internationalen Wirtschaftskonferenz vorzubereiten hat. Die Einberufung dieser unter den Aufsicht des Völkerbundes stehenden Konferenz hat durch einen weiteren Beschluß des Völkerbundrates zu erfolgen.“

Für das Verfahren hat man sich wie folgt geeinigt: Die französische Regierung wird baldmöglichst dem Völkerbundrat einen Vorschlag über die Zusammensetzung des vorbereitenden Ausschusses unterbreiten, der den Mitgliedern des Völkerbundrates vorgelegt werden soll, damit dieser in seiner Regembertagung dazu Stellung nehmen und den Ausschluß bestimmen kann.

Schluß der Völkerbundtagung. In der Völkerbundversammlung zu Genf machte am Donnerstag Präsident Danburand (Kanada) die Mitteilung, daß, wenn irgend möglich, die jetzige Tagung der Völkerbundversammlung am Samstag nachmittag abgeschlossen werden solle.

Das deutsch-schweizerische Wirtschaftsabkommen

Zu den bevorstehenden Verhandlungen über ein deutsch-schweizerisches Wirtschaftsabkommen läßt sich die „Frankf. Ztg.“ aus Berlin berichten: Nach dem deutsch-schweizerischen Wirtschaftsabkommen vom 17. November 1924 hatten sich die beiderseitigen Regierungen dahin geeinigt, spätestens vom 1. Oktober 1925 ab die noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen im gegenseitigen Verkehr aufzuheben. Nachdem beide Regierungen Wünsche dahin geäußert hatten, aus besonderen Gründen einige Einfuhrbeschränkungen noch über den 1. Oktober 1925 hinaus beizubehalten, haben Anfang September hierüber Besprechungen zwischen Vertretern der beiderseitigen Regierungen in Bern stattgefunden. Daraus ist vereinbart worden, daß die Frist für den Ablauf der gegenseitigen Beschränkungen auf den 31. Dezember 1925 verlängert wird, daß aber die große Mehrzahl der heute noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen vom 1. Oktober ds. J. ab wegfallen soll. Nur für einige wenige Warengruppen soll das Bewilligungsverfahren bis auf weiteres beibehalten werden. Im übrigen ist vereinbart worden, daß im Laufe des Winters zwischen beiden Regierungen Handelsvertragsverhandlungen stattfinden sollen. Über einige vordringliche beiderseitige Tarifwünsche werden schon Ende September Verhandlungen eingeleitet.

Der Verwaltungsrat der deutschen Reichspost

tagte vom 22. bis 24. September in München. Reichspostminister Stinagl machte Mitteilungen, aus denen hervorgeht, daß die Finanzlage der Reichspost in den Monaten April bis Juni nicht als befriedigend angesehen werden kann, da die Einnahmen gegenüber dem Durchschnitt mit rund 84 Millionen Mark zurückgeblieben waren. Der Monat Juli hat eine ansehnliche Steigerung der Einnahme gebracht. Die Einnahmen des Monats August weisen wieder einen Rückstand gegen das Einnahme-Soll auf, und zwar von 5,7 Millionen Reichsmark. Der Einnahmerückstand beträgt für die bisherigen Monate rund 27 Millionen Reichsmark. Die Preisfestsetzungsarbeit der Reichsregierung umfaßt bekanntlich auch die Verbilligung des Heißgelbes durch Ermäßigung der Zinssätze. Die Reichspost darf daher bei kurzfristigen Ausleihungen der verfügbaren Gelder bis Ende 1925 keinen höheren Zinssatz fordern als 7,5 Proz., für langfristige Gelder darf der Zinssatz 8 Proz. nicht überschreiten. Die Reichspost erleidet durch die Herabsetzung des Zinssatzes für die an die Staatsbank geliehenen Gelder für das laufende Wirtschaftsjahr einen Einnahmefall von rund 1,3 Millionen Reichsmark. Um diesen Betrag verschlechtert sich die ohnehin schon ungünstige Rentabilität. An die Herabsetzung von irgendwelchen Tariffakten kann zurzeit nicht gedacht werden. Wir stehen bei fast allen für die Einnahmen bedeutungsvollen Gebühren auf dem Vorkriegsstande, zum Teil, an der heutigen Kaufkraft des Geldes gemessen, noch darunter. Auch bei der Deutschen Reichspost wurde der Lohnstarif für die Arbeiter zum 31. August 1925 von Arbeiterschaft gefordert. Die Forderung auf eine allgemeine Lohnhöhung konnte mit Rücksicht auf die von der Reichsregierung beschlossenen Maßnahmen zur Herabsetzung der Preise nicht erzielt werden. Die im Tarif vorgesehenen Ortslohnaufgaben sollen einer Nachprüfung unterzogen werden. Für die Reichspost bringt diese Maßnahme im Laufe des Wirtschaftsjahres eine Mehrausgabe von rund 2 Mill. Reichsmark. Die allgemeine Verkehrsfrage der Deutschen Reichspost hat sich in den letzten Monaten im großen Ganzen normal entwickelt, namentlich was den Brief- und Paketverkehr anlangt. Im Fernsprechverkehr geht die Zunahme von Neuanmeldungen voran.

Das Zentrum und die politische Lage. Am Donnerstag fand laut „Germania“ im Reichstag eine Sitzung des Fraktionsvorstandes des Zentrums statt, in der innen- und außenpolitische Angelegenheiten besprochen wurden. Es ergab sich völlige Einmütigkeit in allen Fragen. Am 4. Oktober soll eine Vollsitzung der Fraktion stattfinden. Eine Sitzung des Reichsparteivorstandes ist für den 5. Oktober nach Raderborn einberufen worden.

Der Konflikt in der Sozialdemokratie. Wie die „Lobauer Volkszeitung“ für die Oberlausitz“ meldet, tagten in Dresden die Bezirksvorstände der sächsischen Sozialdemokratie. In einer Kundgebung an die Mitglieder der Partei erklärten sie, alles tun zu wollen, um dem Spruch des Heibergberger Parteitages auf Beilegung des Sachkonflikts in vollem Umfang gerecht zu werden, wenn sie auch die gefundene Lösung nicht als befriedigend ansähen.

Die österreichischen Journalisten in Berlin. Donnerstag vormittag trafen, von Hamburg kommend, 37 österreichische Journalisten auf dem Lehrter Bahnhof ein. Ministerialdirektor Repp begrüßte die Gäste namens des Reichslandtags und der Reichsregierung. Ein Empfang durch die Reichsregierung erfolgte abends.

Rufmann und Caspary

Als bisheriges Ergebnis der Vernehmung der früher bei der Staatsanwaltschaft tätigen Assessoren Rufmann und Caspary durch den preussischen Untersuchungsausschuß stellt der sozialdemokratische Landtagsabg. Kuttner, der Mitglied des Untersuchungsausschusses ist, im „Vorwärts“ fest, daß nach den eigenen Geständnissen von Caspary und Rufmann folgendes abfolgt sicher sei:

1. daß beide die Heftkampagne der Leopold und Bacmeister gegen das preussische Justizministerium unterstützten und an den Geheimnissen durch Lieferung von unvollständigem Material mitgearbeitet haben,

2. daß Rufmann in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt in der Sache Barnat einen Teil seiner Ermittlungen nicht durch die zuständigen Behörden, sondern durch das deutsche nationale Büro Kluge-Knoll hat vornehmen lassen, daß er persönlich Knoll mit Recherchen beauftragt und ihn damit natürlich auch gleichzeitig über den Gang des Verfahrens wesentlich informiert hat, während auf der anderen Seite Knoll seine Kenntnisse an die deutsche nationale Presse veräußerte. Diese beiden Tatsachen genügen, wie Kuttner weiter bemerkt, vollständig, um schon jetzt jedes Verbleiben der beiden Assessoren im preussischen Justizdienst unmöglich zu machen.

Die einzige Entschuldigung Rufmanns, daß das Büro Knoll kein solches der Rechtspartei gewesen sei, sei hinfällig, nachdem er die Finanzierung des Büros des deutschen nationalen Abgeordneten Leopold und den rechtsgerichteten Bacmeister als ihm bekannt zugegeben mußte. Den eindeutigen rechtspolitischen Charakter des Büros Knoll weist Kuttner auch hier nach, indem er einen vor der Reichspräsidentenwahl von Knoll verfaßten Artikel zitiert, der in verschiedenen Rechtsblättern unter dem Pseudonym Dr. Kluge erschienen ist und in dem in der unglücklichsten heftigsten Weise gegen die Kandidatur Marx Stellung genommen wird. Knoll habe übrigens nicht nur auf die deutsche nationale Presse, sondern auch auf die deutschen nationalen Fraktionsvertreter im Untersuchungsausschuß seinen Einfluß geltend gemacht, wovon der Charakter des Knoll-Büros als eines Parteiuunternehmens der Rechten unabweisbar hervorgeht.

Einheitliche Stimmabgabe Preußens im Reichsrat

Der Verfassungsausschuß des preussischen Landtages nahm am Donnerstag in später Abendstunden eine sozialdemokratische Antrag an, der die einheitliche Stimmabgabe der 26 preussischen Stimmen im Reichsrat gesetzlich festlegen will. Nach dem Antrag sollen die Vorschläge über die Stimmabgabe im Reichsrat zwischen den bestellten und den gewählten Reichsratsmitgliedern vorher beraten werden. Kommt eine Einigung nicht zustande, so hat jedes der gewählten Mitglieder das Recht, eine nochmalige Beratung des Gegenstandes mit dem Staatsministerium zu verlangen. Die Entscheidung erfolgt durch Mehrheitsbeschluß. Die Stimmen Preußens werden gemäß der Entscheidung der Vorberatung einheitlich durch ein vom Staatsministerium bestelltes Mitglied abgegeben.

Kurze Nachrichten

Aufhebung der Einfuhrbeschränkungen für britische Güter. Der Berliner Berichterstatter der „Daily Mail“ berichtet aus amtlicher Quelle, daß am 1. Oktober die Einfuhrbeschränkungen für alle britischen Güter — falls ihre Einfuhr nicht ausdrücklich im englisch-deutschen Handelsvertrag ausgeschlossen ist — aufgehoben werden.

Die Amtsbezeichnung „Bischof“. In der brandenburgischen evangelischen Provinzialsynode wurde ein Antrag D. von Gersdorff, die Generalisynode um den Erlass eines Kirchengesetzes zu bitten, durch das den Generalisynodeintendenden die Amtsbezeichnung „Bischof“ beigelegt wird, dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Aufhebung einer bayerischen Staatsanleihe in Amerika. Die Guaranty Trust Co. und die Harris Forbes Co. werden — nach einer Meldung aus New York — in der nächsten Woche 15 Millionen Dollar bayerische Staatsanleihe zur Zeichnung anbieten.

Ein deutscher Kardinal weicht eine englische Kirche ein. Wie die „W.“ erfährt, wird der Kölner Erzbischof, Kardinal Schulte, am 4. Oktober in London eintreffen, wo er die St. Bonifaziuskirche im East End einweihen wird. Es ist dies der erste Fall, daß ein deutscher Kardinal eine englische Kirche einweiht.

Technische Notfälle in England. Wie Reuters meldet, ist in London ein politisch neutrales Zentralbüro gegründet worden, das sich an die Bevölkerung des ganzen Landes mit der Aufforderung wendet, im Falle eines Generalstreikes freiwillig Dienste zur Aufrechterhaltung der Lebensmittelferzeugung und der lebensnotwendigen Betriebe zu leisten.

Die französischen Kommunisten und Elsaß-Lothringen. Gagas veröffentlicht den Wortlaut eines Aufrufes der französischen kommunistischen Partei, der dem kürzlich in Straßburg stattgefundenen Arbeiter- und Bauernkongreß unterbreitet wurde, und in dem verlangt wird, daß der elsässische und lothringische Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht zugestanden werden müsse, das sogar, wenn die Bevölkerung dahin entscheide, zur gänzlichen Trennung von Frankreich führen müsse.

Die französischen Frontkämpfer. Die nationalgefühnten Vereinigungen der ehemaligen französischen Frontkämpfer haben eine Tagesordnung angenommen, in der sie Protest dagegen erheben, daß trotz ihres Widerspruchs französische Vereinigungen der Frontkämpfer, die nicht dem Nationalverband der ehemaligen Kriegesgefangenen und der ehemaligen Vereinigungen der Kriegesbeschädigten angehören, mit den Vereinigungen ehemals feindlicher Länder in Genf in Verbindung getreten sind.

Nadel in Antwerpen. Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ aus Brüssel hat sich Nadel etwa zwei Wochen in Antwerpen aufgehalten. Er soll mit den Führern der englischen kommunistischen Partei einen revolutionären Vorstoß organisiert haben. Da er Nachricht davon erhalten habe, daß sein Aufenthalt der belgischen Polizei gemeldet worden war, sei er schleunigst abgereist. Er soll sich nach Holland begeben haben.

Verschiedenes

Ein Erfolg der deutschen Radioindustrie

In den Werksstätten der Telefunken-Gesellschaft zu Berlin wird laut „Berliner Lokalanzeiger“ ein Rundfunksender hergestellt, der für Wien bestimmt ist und der nach erfolgter Aufstellung der größte Rundfunksender des europäischen Festlandes sein wird. Der Auftrag zur Herstellung des Senders war von der österreichischen Regierung auf Grund des Gutachtens eines internationalen Sachverständigenkollegiums an die deutsche Firma gegeben worden, trotzdem eine amerikanische Firma die deutsche Gesellschaft unterboten hatte. Der neue Sender wird etwa die fünffache Telephonleistung und die augenblicklichen Berliner Rundfunkleistung aufweisen und die 2½fache des Wipfeler Senders.

Badischer Teil

Reise des badischen Staatspräsidenten nach Berlin

Staatspräsident Dr. Hellpach begab sich Donnerstag Abend mit dem fahrplanmäßigen Zug 7.38 zur Konferenz der Ministerpräsidenten nach Berlin, in welcher die Frage des Sicherheitspaktes besprochen werden soll. An diese Konferenz wird sich eine zweite Konferenz des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten anschließen, die sich mit den Maßregeln zur Preisfestung beschäftigen wird.

Badischer Landtag

Die Lehrerbildungsvorlage in 1. Lesung

Am Mittwoch begann der Haushaltsausschuß des Landtags mit der Beratung des Gesetzentwurfes über die Vorbildung der Volksschullehrer. Der Ausschuß beschloß es in zwei Lesungen durchzugehen. Staatspräsident und Unterrichtsminister Dr. Hellpach leitete die Verhandlungen mit einem Überblick über die augenblickliche Regelung der Lehrerbildungsfrage in anderen Ländern Deutschlands ein. Als Berichterstatter ist der Abgeordnete M. Weber von der Deutschen (liberalen) Volkspartei bestimmt worden, der in einem ausführlichen Vortrag die Entwicklung dieser Frage zeigte und dann dem Ausschuß von dem wesentlichsten Inhalt der Regierungsvorlage Kenntnis gab.

Man kam am ersten Tage mit der allgemeinen Aussprache zu Ende. Am einzelnen wäre über den Verlauf der allgemeinen Aussprache folgendes zu berichten:

Der Sprecher der Zentrumsfraktion erklärte, diese sei von der Wichtigkeit der Vorlage überzeugt; die heutige Lehrerbildung sei reformbedürftig. Die Berufsausübung soll möglichst weit vom Jugendalter weggeleitet werden. Die humanistische Vorbildung auf einem Gymnasium dürfte sich für den Lehrer besonders eignen. Das Zentrum könne sich für die akademische Lehrerbildung nicht entschließen. Die Erfahrungen in Sachsen und Thüringen zeigten, daß auf dem Wege über die akademische Bildung der notwendige Nachwuchs ausbleibe. Es sei zu befürchten, daß der Lehrerstand durch eine akademische Ausbildung nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ leiden werde, daß ferner die Distanz des Lehrers vom Volk zu groß werde. Das Zentrum denke sich folgenden Weg: Eine hochstehende Lehrerbildungsanstalt, der Name spiele keine Rolle. Die Form soll nicht den Unterricht an den Mittelschulen kopieren, sondern etwa jener der Priester-Seminare entsprechen, nämlich Verbindung von Vortrag und Kolloquium (weitere Klärung und Kontrolle über erfolgtes Studium). Erstklassige Professoren sollen an die Lehrerbildungsanstalten berufen werden und die Lehrweise eine gewisse akademische Form erhalten. In der Podagoge ist die Einheit des Grundgesetzes und nicht das Auseinanderreißen. Bezüglich der Vorbildung sieht die Zentrumsfraktion auf dem Standpunkt: Prima-Weise. Die Zentrumsfraktion hält die konfessionelle Lehrerbildung für richtiger, mindestens muß die Möglichkeit der konfessionellen Ausbildung gegeben werden. Ferner ist sie eine Gegnerin der Rekrutierung.

Am Samstag der Redner der **Deutschnationalen Volkspartei**: Seinen Ausführungen lagen etwa folgende Hauptgedanken zugrunde: Mit einer Anlage gegen die bisherigen Leistungen der Volksschule könne man nicht kommen. Für das Abiturium habe er sich persönlich durchaus entschieden. Das Lebensalter der Lehrerbildenden müsse höher gelegt werden, sobald die höhere Lehranstalt die Grundlage abgeben. Bei der Ausbildung müsse das was und wie miteinander verbunden werden. Damit komme man aber nicht zur Unversität, sondern zur pädagogischen Akademie. Das sei jedoch nur seine persönliche Meinung. Die der Fraktion stehe noch nicht fest. Es entspreche auch die Frage, ob es möglich sei, die nötige Zahl der Lehrer für unsere Volksschulen zu schaffen. Die Produktion von jährlich 300 Lehrern auf dem vorgeschlagenen Weg, wird von weiten Kreisen für wirtschaftlich nicht tragbar gehalten.

Der **sozialdemokratische Redner** meinte, in den kleinen Schulen werde der Massenlehrer immer das Gegebene sein. Wenn 4 Semester nicht genügen, so verlange die Konsequenz, daß man etwa 8 Semester fordere. Eine Entfremdung des Lehrers dem Volke gegenüber trete mit der akademischen Bildung nicht ein. Das Studium des Lehrers werde nach wie vor verhältnismäßig billig sein, die Ausbildung nur um 1 Jahr verlängert. Die Bedenken könnten durch Gewährung von Stipendien ausgeschlossen werden. Das wissenschaftlich-pädagogische könne der Lehrer nur an einer Hochschule sich erwerben. Die Sozialdemokratie sei deswegen für die Regierungsvorlage.

Ein Redner der **Deutschen Volkspartei** erklärte, die gebiegender Übermittlung des einfachen Stoffes sei die Hauptsache. Die höhere Lehranstalt könne das nicht geben, weil die oberen Schuljahre der Volksschule ausfallen werden. Wo solle der künftige Lehrer sich dann den Stoff aneignen?

Dies griff nun Staatspräsident Dr. Hellpach in die Debatte ein und bemerkte u. a.: Die Lehrer selber empfinden die jetzige Ausbildung für unzureichend. Die erzieherische Bedeutung der Schule ist außerordentlich gewachsen. Die volksschulpflichtigen Fähigkeiten dürfen nicht gefährdet werden. Aber dann müßten wir ja bei der alten Volksschule bleiben. Den einen oder anderen bestehenden Vorzug wird man eben aufgeben müssen. Es müßte in all diesen Fragen probiert werden. Durch das Abitur werde eine geistige Gewandtheit erzielt, so daß es ohne Schwierigkeiten möglich sei, die elementaren didaktischen Fähigkeiten in zwei Jahren zu erwerben. Er befürchte nicht, daß von dem zweijährigen Studium durch die akademischen Gepflogenheiten etwas verloren gehe. Für ein Spezialfach an der Unversität sei allerdings die Zeit viel zu kurz. Wenn das Fundament (Abitur) erschüttert würde, so könne von einer Reform nicht mehr gesprochen werden.

Der **kommunistische Redner** sieht in der Vorlage einen Fortschritt. Er wird ihr zustimmen und noch Verbesserungen durchzubringen suchen.

Der Redner der **demokratischen Fraktion** meinte, von der Unversität müßte nur dann abgegangen werden, wenn die Aufgaben dort nicht gemindert werden könnten. Er ist für die Vorlage.

Der Sprecher der **Wirtschaftlichen Vereinigung** präziserte seine Stellungnahme dahin: Was in der Vorlage stehe, das werde und müsse kommen. Fraglich sei nur, ob der Zeitpunkt für die Durchführung richtig gewählt sei und ob die richtigen Mittel gefunden seien.

Ein weiterer Redner der **Deutschen Volkspartei** erklärte, für seine Fraktion könne er die Stellungnahme noch nicht kennzeichnen. Er stehe aber persönlich grundsätzlich auf dem Boden der Regierungsvorlage.

Von Zentrumsseite wurde dann gefragt, wie es mit den Stipendien für andere Studenten stehe; die früher bestehenden Stipendien seien durch die Inflation vielfach zugrunde gegangen. Wenn für die Lehrer-Studenten Stipendien ausgenutzt werden, so müsse das auch für andere geschehen, sobald man will wissen, warum die Religionsgesell-

schaften nicht gehört worden seien, da doch Dinge in Betracht kommen, die den § 10 der Verfassung betreffen. Staatspräsident Dr. Hellpach erwiderte, augenblicklich sei es schwer zu übersehen, welches die Auswirkung der Stipendien an die übrige Studentenschaft sei. Es werden sofort die nötigen Erhebungen gemacht werden. Die Religionsgesellschaften seien nicht gehört worden, da dies erst angebracht erscheine, wenn einmal feststehe, wie überhaupt die Neuregelung erfolgen solle. Daß die Interessen des § 19 gewahrt bleiben, sei für das Ministerium selbstverständlich.

Die Vorlage in 1. Lesung abgelehnt

Bei der am Donnerstag mittag vorgenommenen Abstimmung erklärten sich für die Vorlage 10 Stimmen, gegen sie ebenfalls 10. Damit war die Vorlage abgelehnt, da 1 Stimme Enthaltung zu verzeichnen war.

Der „**Volkstfreund**“ teilt über die Abstimmung noch mit: Es lagen folgende Anträge vor:

1. Antrag Schöfer, der lediglich Primarstufe für die Allgemeinbildung vorschlägt; er wurde mit 9 Stimmen gegen 9 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

2. Ein **Eventualantrag Schöfer**, der Abitur und unter besonderen Umständen Primarstufe vorschlägt, erlitt das gleiche Schicksal; ebenso ein **Zusatzantrag Dr. Glöckner** hierzu. — Dann blieb nur noch der **Regierungsentwurf**, der als Allgemeinbildung den Besuch einer Vollanstalt (Abiturium) fordert; aber auch er wurde abgelehnt, und zwar stimmten für das Gesetz: Sozialdem. (5), Dem. (2), Komm. (1), D. Volksp. (1), D. Natl. (1), zusammen 10 Stimmen; gegen das Gesetz: Zentrum (8), Landbund (1), D. Natl. (1), zusammen 10 Stimmen;

der Stimme enthielt sich der Vertreter der Hausbesitzer. Mit dem Fall des § 1 der Regierungsvorlage war auch der § 2 erledigt, der die Fachbildung regelt, und damit war das Gesetz überhaupt erledigt.

Das Wort haben nun die Fraktionen, die nächste Woche hierzu zusammentreten.

Die Bad. Landesbibliothek in Karlsruhe

Kam Dank der Bewilligung von Geldern durch Regierung und Volkswirtschaft wieder ihre gedruckten Verzeichnisse herausgeben.

Neuerschienen ist die Fachübersicht „**Philosophie**“, welche auf 95 Seiten die von 1886–1924 zugegangenen Schriften aus diesem Gebiete verzeichnet und im Hinblick auf die Kanjubeisfeier ein Verzeichnis aller aus Karlsruher Bibliotheken entlehnten Schriften von und über **Immanuel Kant** enthält. Das Heft ist gegen Voreinsendung von 50 Pf. von der Bibliothek zu beziehen.

Die Badische Landesbibliothek verleiht ihre Bücher an alle Landeseinwohner, die durch ihre Verhältnisse oder durch Wirkungschein Sicherheit bieten, kostenlos und postfrei; der Entleiher trägt nur die Rücksendung. Die Bibliothek umfaßt das gesamte badische Heimatdrucken, von den anderen Fächern aber schließt sie im Hinblick auf die drei Hochschulbibliotheken Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und die Gewerbebibliothek Karlsruhe die ersten Fachschriften aus. Von Unterhaltungsschriften werden nur die badischen gesammelt.

Die badischen Verleger, Verleger, Körperschaften und Vereine werden um Einsendung ihrer Druckschriften gebeten, damit das badische Schrifttum möglichst vollständig vertreten ist.

Der Verkehrsausschuß des Reichstags besucht Heidelberg

Dr. Heidelberg, 24. Sept. Der **Verkehrsausschuß des Reichstags** wird entweder am kommenden Sonntag oder Montag in Heidelberg eintreffen; wo er mit den **Kanalbautechnikern** und **Kanalbaubehörden** eine Aussprache haben wird. Die Herren treffen am Samstag zur Besichtigung der württembergischen Kanalbauten in Heilbronn ein, wo sie mit den am Kanalbau interessierten württembergischen Herren beraten werden. Im Anschluß daran begeben sie sich nach Wimpfen, wo sie mit heftigen Vertretern zusammentreffen.

Grenzverkehr mit Elsaß-Lothringen

In den Tageszeitungen vor einiger Zeit erschienene Mitteilungen konnten den Eindruck erwecken, daß die Einführung des Grenzverkehrs mit dem Elsaß bzw. mit Frankreich an dem Widerstand der französischen Regierung gescheitert sei. Wie der **Badische Verkehrsverband**, der sich mit dieser für den Verkehr und das Wirtschaftsleben in den Grenzgebieten wichtigen Frage dauernd befaßt, hierzu aus Berlin erfährt, treffen die erwähnten Nachrichten nicht zu; eine **Entscheidung ist noch nicht gefallen**. Auf Einladung des Reichsministeriums des Innern wird in diesen Tagen in **Baden-Baden** eine Konferenz der Landesregierungen von Baden, Bayern und Württemberg stattfinden, die sich mit den deutschseits zu machenden Vorschlägen für den Grenzverkehr mit Frankreich befassen wird.

Einigung im badischen Weinbau

Dieser Tage fand in Freiburg i. Br. wie berichtet wird, auf Einladung des Badischen Winzerverbandes eine Besprechung in weinbaulichen Fragen statt, die von Vertretern sämtlicher mit dem Weinbau sich befassenden Organisationen besucht war. Es ist wohl das erste Mal, daß die Vertreter sämtlicher Organisationen des Badischen Winzerverbandes, des Weinbauverbandes, des Oberbadischen Weinbauvereins, des Verbandes der Bodensee-Winzergenossenschaften, der Kaiserlicher Winzergenossenschaften, usw. sich an einen Tisch setzten, um gemeinschaftlich Landesfragen zu besprechen. Der Erfolg dieser ersten Aussprache war so günstig, daß beschlossen wurde, demnächst wiederum eine derartige Sitzung anzubereiten. Es soll sich auch künftig um zwanjglose Zusammenkünfte handeln, die unter Wahrung der vollen Selbständigkeit der einzelnen Organisationen von Zeit zu Zeit stattfinden sollen. Geplant ist im Anschluß an die nächste Besprechung auch eine Besprechung mit den Organisationen des Weinhandels und des Weinhandels abzuhalten.

Dr. Schöfer zur Lage

In Wiesloch sprach am letzten Sonntag der Führer des badischen Zentrums, **Abg. Dr. Schöfer**. Er nahm in seiner Rede auch Bezug auf den sozialdemokratischen Parteitag in Heidelberg. Inner der gewöhnlichen politischen Worte, die dort ausgetrieben worden sei, ruge hervor die Rede Scheide-manns. Dieser habe mit Grund auf „die heute noch drohenden Gefahren eines reaktionären Bürgerblocks“ aufmerksam gemacht, eines Bürgerblocks, „an den man das Zentrum ketten wolle“. Diese Bemerkungen hätten zunächst der Reichspolitik gegolten. Was das badische Zentrum dazu zu sagen habe, sei in den Offenburger Resolutionen, aber auch in der

haltung der großen Delegiertenversammlung zum klaren Ausdruck gekommen. Das Zentrum könne und dürfe sich nicht „ketten“ lassen, weder nach der einen noch nach der andern Seite, sonst sei seine hohe Mission dahin und sein Schicksal besiegelt! Die Warnungssignale seien in Offenburg weithin sichtbar aufgelesen worden! Es bleibe der Generalführer für das Zentrum, ob es Koalitionspolitik nach rechts oder links machen müsse, seine Unabhängigkeit müsse unbedingt gewahrt bleiben! Dieser Grundsatz gelte in Berlin wie in Karlsruhe wie anderswo! Weil „Marx und Schöfer“ auf dem Standpunkt stünden, glaubten sie auch den Herrn Dr. Wirth zu verstehen und ihm gerecht zu werden. Marx und Schöfer wollten unter keinen Umständen einen Block, „an den man das Zentrum ketten will“. Was sie wollten, das sei eine Politik ohne „Ketten“, eine Politik nach eigener Entscheidung aus eigenen Gedanken von einem unabhängigen Zentrum! Diese Forderung schließe die Kooperationsarbeit nicht aus, nein, sie ermögliche erst ihre Dauerhaftigkeit und segensreiche Arbeit. Wer mit dem Zentrum arbeiten wolle, müsse diese Sachlage in Rechnung stellen. Das Zentrum müsse aber auch anderen gönnen, was es fordere.

400.000 Milchfüße in Baden

In einem Referat führte Oberregierungsrat Dr. Schaller von der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Augustenberg u. a. aus: Die deutsche Landwirtschaft habe für die Milchherzeugung einen Wert von über 2,5 Milliarden Mark angelegt. In Baden seien 400.000 Milchfüße vorhanden. Die Milchproduktion betrage in Baden 804 Millionen Liter, die einen Wert von 160 Millionen darstellten.

Verbandsstag der badischen Sattler, Tapeziere und Dekorateur

Auf dem am Samstag in Baden-Baden begonnenen achten Verbandsstag der selbständigen Sattler, Tapeziere und Dekorateur Badens konnte in der Hauptversammlung am Sonntag Vormittag der Vorsitzende des Landesverbandes, **Buchardt**, auch mehrere Vertreter der bad. Regierungen begrüßen. Nach dem Jahresbericht zählt der Landesverband 21 Innungen. Hierauf referierte Direktor Endres über eine Reihe wichtiger Tagesfragen, wobei er den Vorwurf zurückwies, daß das Handwerk an den jetzigen Preiserhöhungen die Schuld trage. Hier könne nur Selbsthilfe und der Wille zur freien Wirtschaft abhelfen. Aber auch Eingriffe in die ebernen Gesetze der Wirtschaft müßten unterbleiben. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt und als Ort für die nächste Tagung Freiburg bestimmt. — Mit der Tagung war eine Fachausstellung verbunden.

Bad. Geschäftskalender 1926. Soeben erschien im Bad. Kommunalverlag in Karlsruhe der **Bad. Geschäftskalender** für 1926, 74. Jahrgang der Originalausgabe, gegründet im Jahre 1862 von J. G. Geiger (Marix Sgauenburg) in Lafr. Der Kalender enthält die derzeitige Zusammenfassung der Reichs- und Staatsbehörden und sonstigen Organisationen und ihrer Beamten nach dem neuesten Stand. Auch sonst enthält der Kalender vieles für Behörden, Beamte und Geschäftsleute Wissenswertes. Die große Zahl der Mitarbeiter und die sorgfältige Bearbeitung bieten Gewähr dafür, daß der Kalender ein unbedingt zuverlässiges Nachschlagewerk darstellt und zu den bisherigen Verzeichnissen sich eine große Anzahl weiterer gesellen wird. Die Ausstattung — grüner Leinenband — ist wie immer eine recht gebiegene.

Gemeinde-Rundschau

Die **Bürgermeisterwahl in Wiesloch** ist am Dienstag auch im dritten Wahlgang ergebnislos verlaufen. Abgegeben wurden für den Zentrumskandidaten Dr. Schmitt-Karlsruhe 22 Stimmen, für den Kandidaten der Reichsparteien, Dr. Ritter-Rodenberg 21, für den Kandidaten der Sozialdemokraten, Müller-Heidelberg 20. Die demokratische Fraktion gab keine Stimmabgabe. Einigungsversuche, die noch in den letzten Tagen vorgenommen wurden, hatten keinen Erfolg. So wird nun die Regierung für die Stadt Wiesloch einen Bürgermeister auf 2 Jahre ernennen.

Der **Freiburger Elektrizitätswerk**. Aus dem Jahresbericht des Städtischen Elektrizitätswerkes über das Geschäftsjahr 1924/25 ist zu entnehmen, daß das gesamte Kabel- und Freileitungswerk des Werkes eine Länge von 22.065 Kilometer erreicht hat. An das Netz angeschlossen waren am Schlusse des Jahres 1924 14.074 Häuser (1923: 12.064). An elektrischer Energie sind 524.040 Kilowattstunden im Werk selbst erzeugt und 8.851.141 Kilowattstunden von auswärts bezogen worden. Gegen Entgelt wurden abgegeben 2.194.312 Kilowattstunden Lichtstrom, 4.411.989 Kilowattstunden Kraftstrom und 834.098 Straßenbahnstrom. Die Gesamteinnahmen betragen 1.871.307,94 RM., während die Ausgaben die Summe von 1.724.810,08 RM. erreichten. Aus dem Bericht der **Strombahn** ergibt sich, daß im ganzen 7.485.000 Personen befördert und aus der Personenbeförderung 1.033.487 RM. eingenommen worden sind. Die durchschnittliche Einnahme hat betragen für einen Tag 2.881 Mark und für einen Wagenkilometer 83,9 Pf. Die Gesamteinnahmen der Strombahn belaufen sich auf 1.185.125,53 RM., die Ausgaben auf 1.140.125,53 RM., so daß ein Aufschuß von 6000 RM. aus der Stadtkasse erforderlich war.

Gründung einer Schwanstaud-Bahn-Studiengesellschaft. Kürzlich wurde in Freiburg unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Bender in einer Versammlung der Interessenten eine Schwanstaudbahn-Studiengesellschaft gegründet. Der Aufsichtsrat besteht aus Oberbürgermeister Dr. Bender als Vorsitzenden, Generaldirektor Dr. Kengenheiter, Stadtrat Marbe, Bankdirektor Wolff, Oberbaurat Eitner, Rechtsanwält Dr. Graff, Fabrikant Max Brieler und Kaufmann G. Pfender. Den geschäftsführenden Vorstand der Gesellschaft bilden die Herren Architekt A. Mühlbach und Bürgermeister Schäl. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung einer Bahnverbindung zwischen Freiburg und dem Schwanstaud und die der damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, ferner die Prüfung aller Vorklagen, die Auswahl des Bahnstystems und die Finanzierung des Unternehmens.

Der **Bürgerausschuß in Waldkirch** wird sich demnächst mit der Verabschiedung der Gemeindevoranschläge für 1924/25 und mit dem Voranschlag für das Jahr 1925/26 zu befassen haben. Die endgültige Aufstellung der Abrechnung vom 1. April 1924 zum 1. April 1925 ergibt, daß der Voranschlag um 85.000 Mark überschritten worden ist, die aus laufenden Wirtschaftsschulden herrühren. Diese Summe ist nun in den Voranschlag von 1925/26 mit eingerechnet worden; dieser schließt mit 499.000 Mark Einnahmen und 611.500 Mark Ausgaben ab. Es ist beabsichtigt, daß zur Deckung des laufenden Fehlbetrages und des Fehlbetrages vom Jahre 1924/25 eine Umlage von 65 Pf. pro 100 M. Steuerwert erhoben wird.

Erweiterung des Rathauses in Singen a. S. Da die Stadt Singen in absehbarer Zeit noch nicht dazu übergehen kann, den erforderlichen Neubau eines Rathauses vorzunehmen, hat man beschlossen, zu einem Erweiterungsbau des alten Rathauses zu schreiten. Man will das jetzige Rathaus umbauen, um darin die Polizeiwache, die sich zurzeit noch im Rathaus befindet, unterzubringen.

Aus der Landeshauptstadt

Steuerkurse in der Handelskammer Karlsruhe. Auf Veranlassung der Handelskammer Karlsruhe hielt am 21. und 22. September 1925 der als hervorragender Sachkenner auf steuerlichem Gebiet bekannte Dipl.-Steuerfachverständige Dr. Wendt-Berlin im großen Sitzungssaal der Handelskammer einen Lehrcursus über die neuen Steuergesetze ab. Bei Beginn des Kurses hieß Prof. Dr. Stein-Karlsruhe, der Vorsitzende des Rechts- und Steueraussschusses der Handelskammer ihn herzlich willkommen. Dr. Wendt verstand es, in klaren und einprägsamen Ausführungen die zahlreich erschienenen Vertreter aus Handel und Industrie mit den umfangreichen und schwierigen Vorschriften der neuen Steuergesetzgebung vertraut zu machen und vor allem an Hand zahlreicher Beispiele die Anwendung der neuen Bestimmungen in der Praxis zu verdeutlichen. Der Vortragende erntete für seine Ausführungen reichen Beifall, dem Professor Dr. Stein noch in besonderen Worten des Dankes Ausdruck gab.

Badisches Landestheater. Der ersten werktäglichen Vorstellung im Konzerthaus am Samstag, den 26. September, die das fröhliche Spiel von Julius Rohl „Der Narrenzettel“ zum drittenmal bringt (vierte Aufführung am Sonntag, den 27. September), folgt in der kommenden Woche am Donnerstag, den 1. Oktober, eine Volksbühnen-Vorstellung von Grillparzer's Trauerspiel „Der Traum ein Leben“, zu der jedoch auch für das allgemeine Publikum Plätze aller Platzgattungen an der Tages- und Abendkasse käuflich sind. Am Samstag, den 3. Oktober, wird die „Festwoche des Badischen Landestheaters“ mit der Uraufführung des Schauspiel „Kämpfer“ von Max Noth eröffnet. Das Werk, kürzlich auch von Max Reinhardt für Berlin zur Erstaufführung erworben, bildet die erste Uraufführung unserer Bühne in dieser Spielzeit. Als zweite Schauspielaufführung der Festwoche geht am Donnerstag, den 8. Oktober, die dramatische Dichtung „Manfred“ von Lord Byron, mit der Musik von Robert Schumann, neu einstudiert in Szene. Die Einstudierung des Werks liegt in den Händen von Felix Baumbach und des Generalmusikdirektors Ferdinand Wagner, der auch bei der Aufführung die musikalische Leitung übernimmt. Am Samstag, den 10. Oktober, erfolgt die dritte Aufführung von Meißner's neu einstudierter Tragödie „Beutestücken“. — Im Konzerthaus gelangt als vierte Erstaufführung dieser Spielzeit am Sonntag, den 4. Oktober, das Unterhaltungsspiel „Bettinas Verlobung“ von Leo Lenz, das bei uns schon durch mehrere erfolgreiche Stücke vorteilhaft eingeführten Bühnenschriftstellers, zur Darstellung. — An Opernvorstellungen im Landestheater bringt die Woche vom 27. September bis 3. Oktober: „Wibisliu“ (mit Magda Strad als „Gräfin“) am 27. September, „Der Widerspänstigen Zähmung“ am 28. September. An diesem Abend singt Marie Franz zum ersten Male die Partie der „Katharina“. „Bianca“ (Herte Stecher). Am Mittwoch, den 30., „Don Pasquale“ und am Freitag, den 2. Oktober, „Freischütz“. Alle Vorstellungen stehen unter musikalischer Leitung von Generalmusikdirektor Ferdinand Wagner und unter szenischer Leitung von Oberregisseur Otto Krauß.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Der kräftige Tiefdruck, welcher sich von Frankreich bis über Schottland erstreckt, hat bei uns zu leichter Auflockerung mit stärkerer Abkühlung geführt. (Mehrebnen 10 Grad, Hochschwarzwald 1 Gr.). In Südbaden regnet es noch vielfach, infolge stärkerer Wolkenbildung durch Stauung, doch ist bei weiterer Annäherung des Hochdrucks in ganz Baden für morgen meist trockenes Wetter zu erwarten. Da jedoch auf der Rückseite des Hochs ein schmaler Tiefdruckausläufer nachrückt, der bereits Feland erreicht hat und von Island bis zur Biscaya reicht; ist später voraussichtlich mit erneuten Regenfällen bei leichter Erwärmung zu rechnen. **Voraussage für Samstag:** nachts kühl, tagsüber mäßig warm, meist heiter, bei westlichen Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

* **Heidelberg, 23. September.** Reichsluftwart Dr. Heidesloh wollte heute hier und besuchte bei dieser Gelegenheit auch die Grabstätte des Reichspräsidenten Ebert, an der bekanntlich zur Zeit das von der Reichsregierung gestiftete Denkmal errichtet wird. Das Denkmal wird, der „N. Bad. Landesztg.“ zufolge, in Kürze fertig gestellt sein. Das eine große Einweihungsfeier stattfindet, wird nicht angenommen. Es handelt sich bei dem Denkmal um einen schlichten, aber trotzdem sehr monumental wirkenden Sarkophag, der an den Seiten vier Reichsadler hat und mit einer einfachen Inschrift versehen ist. Der Denkmalsentwurf stammt von Peter Behrens. Wenn nicht der Streit eine Verzögerung gebracht hätte, wäre das Denkmal bereits fertiggestellt.

DJ. **Wiesloch, 22. Sept.** Der jüngst verjüngte berühmte Naturforscher und Archäologe Prof. Georg Schweinfurth stammt aus Wiesloch. Seine Eltern wohnten hier in Wiesloch, wanderten dann aber nach dem Baltikum aus, wo Georg Schweinfurth geboren wurde.

DJ. **Stuttgart, 24. Sept.** In dem Gericht, daß in Stuttgart der Typhus in starkem Maße ausgebrochen sei, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß kein Grund zur Befürchtung vorliegt. In die Spitäler sind in den letzten Wochen acht Typhusfälle nur von auswärtig eingeliefert worden.

**Handel und Wirtschaft
Berliner Devisennotierungen**

	25. Sept.		24. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.69	169.11	168.63	169.05
Kopenhagen 100 Kr.	101.32	101.58	101.47	101.73
Italien . . . 100 L.	16.86	16.90	17.12	17.16
London . . . 1 Pfd.	20.326	20.376	20.334	20.374
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	19.80	19.93	19.86	19.90
Schweiz . . . 100 Fr.	80.96	81.16	80.95	81.15
Wien 100 Schilling	59.18	59.32	59.10	59.24
Prag . . . 100 Kr.	12.482	12.472	12.425	12.465

Zuteilung über 100 Prozent

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungsstelle vom 22. September d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold 84 sh 11 1/2 d. bezw. für ein Gramm Feingold 32,777 Pence.

Spinnerei und Weberei Ettlingen A.-G. Durch Beschluß der Generalversammlung der Gesellschaft für Spinnerei und Weberei Ettlingen wurde das Aktienkapital von 20 Millionen Papiermark auf 6 Millionen Reichsmark umgestellt. Als Folge der Interessentämpfe ist der größte Teil des Aktienkapitals auf die Bank für Textilindustrie A.-G. in Berlin (Wolkensteinkongern) übergegangen.

Krupp und die neue Eisengesellschaft. Wie die „Mönchische Zeitung“ erfährt, hat die Firma Friedrich Krupp, A.-G., Essen, die Beteiligung an der Gründung der neuen Eisengesellschaft formell zurückgezogen, jedoch werden weiteren Vernehmen nach die Verhandlungen fortgesetzt.

Geschäftliches

Die Firma Kempf, Autobedarf, Karlsruhe, Parkstraße 21, hat in der Hauptkategorie Apparate und Artikel ausgestellt, die den Autobesitzer sowie den Installateur aufs äußerste interessieren werden. Die gebräuchlichsten Niffel- und Wasserblöcke aus Aluminium, die für den Autocarrierbau Verwendung finden, werden hier gezeigt, außerdem stellt die Firma Kempf sämtliche für den Karosseriebau in Betracht kommenden Autoteile, Aluminium, sowie Regelleisten, Trittbrettelbeläge und sämtliche Armaturen für den Autobedarf aus. Weiterhin ist bei der Firma Kempf eine wirklich brauchbare ebenso praktische sowie einfache Heizbare Lagerausgleichsborrichtung zu sehen, die gerade auf diesem Gebiete einen kolossalen Fortschritt bedeutet. Verblüffend einfach können mit dieser Vorrichtung ausgelagerte Lager neu ausgegossen werden. Ganz besonders dürfte sich der Klempner sowie Installateur für die von der Firma ausgestellten Schweißapparate interessieren.



Badisches Landestheater

Samstag, 26. September 1925		Herzog Gottfried		Frohmann	
* G. 3. 17. Gen. 1201—1300		Zeltmann		Barth	
Lohengrin		Detrud		Brügelmann	
In drei Akten von R. Wagner.		Hertrud		Weyer	
Musikalische Leitung: Dr. Heinz Anstl.		Sebastianische		Siegfried	
In Szene gesetzt von D. Krauß.		Alte		Katharina	
Personen:		Ebelnaben		Hanses	
Heinrich der Kogler		Ebelnaben		Hufnagel	
Dr. Wucherpfennig		Ebelnaben		Ritter	
Lohengrin		Ebelnaben		Mutter	
Elsa		Ebelnaben		Hof	
		Anfang 6 Ende		11 Uhr	
		Sperre I R. 8.40			

Klempner- und Installateur-Ausstellung
städtische Ausstellungshalle Karlsruhe vom 19. bis 30. September 1925
Eintritt 50 Pfg. — Jeder Besucher erhält ein Geschenk und nimmt außerdem noch an der allgemeinen Verlosung teil. — Geöffnet 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends.

Öffentliche Verbandskassette Gengenbach.

Darstellung des Vermögens und der Schulden für 31. Dezember 1924.

Vermögen.		Schulden.	
Nr.	Fl.	Nr.	Fl.
1. Reichs-, Staats- und Städteanleihen	6 041	1. Guthaben der Einleger:	
2. Schuldloshandelsanleihen	33 430 64	a) Spareinlagen	108 381 20
3. Wechselanleihen	8 549 84	b) Giro-Sched.-Einlagen	38 134 52
4. Darlehen in laufender Rechnung:		2. Anleihenkapitalien	38 621 88
a) bei Banken	5 049 34	3. Überhöbene Schuldzinsen	458
b) bei Privatleuten	146 157 50	4. Sicherheitsrücklage 1923	726 85
5. Rückständige Zinsen	1 556	5. Zuweisung an dieselbe 1924	10 994 35
6. Inventar	1	6. Sonderrücklage für Betriebsverbesserung und für Baugwerde	6 808 35
7. Kassenbestand am Jahresabschluss	3 339 83		
	204 125 15		204 125 15

Gewinn- und Verlust-Konto für 1924.

Lasten.		Erträge.	
Nr.	Fl.	Nr.	Fl.
1. Zinsen für Einlagen usw.	11 993 55	1. Zinsen von Kapitalien und anderen Forderungen	39 638 45
2. Persönlicher Aufwand	9 170 69	2. Gebühren und sonstige Einnahmen	2 805 54
3. Sachlicher Aufwand	2 998 10	3. Abnahme des Kursverlustes	2 99
4. Sonstiges	23 94		
5. Überhöbene Guthabenzinsen	458		
6. Zuschreibung zur Sicherheitsrücklage	10 994 35		
7. Sonderrücklage für Betriebsverbesserung und Baugwerde	6 808 35		
	42 446 98		42 446 98

Badische Lichtspiele
Konzerthaus
Freitag und Montag jeweils 7.30 Uhr abends
Samstag nachmittags 3.30 Uhr
Letzte Vorstellungen
NIBELUNGEN
Kriemhilds Rache
Samstag abend und Sonntag nachmittag
keine Vorstellung

Druckarbeiten-Bergebung.
Die in der Landtagsperiode 1925/29 erwachsenden Druckarbeiten (Landtagsdruckfachen) sollen im Wege des Angebots in Lieferung gegeben werden. Angebote bis längstens 5. Oktober erbeten. 3.394

Verband der Oberbad. Zuchtgenossenschaften
28. Zentralzuchtverein (Zentralzuchtmarkt) in Adolfszell
Ziehungs-Liste
über die Verlosung von 60 Zuchtkalbinnen und -Mündern am 22. September 1925.
Bei der durch das Notariat in Adolfszell vorgenommenen Losziehung wurden nachstehende Gewinnnummern gezogen:
1. Gewinn Losnummer 28864, 2. 28136, 3. 11906, 4. 17477, 5. 21497, 6. 2417, 7. 22377, 8. 34018, 9. 8928, 10. 25483, 11. 2725, 12. 6484, 13. 20078, 14. 26518, 15. 4196, 16. 31257, 17. 15882, 18. 7985, 19. 31032.

Wahl- und Meldeamts Karteien
Karten-Möbel
Karten-Pulte
NEUE ORGANISATIONS-
GES. M.B.H. NÜRNBERG

Junge Leute
einem. Autofahren kostenl. d. Stell. als Autobleiter i. all. Probirg. d. Gehalt. Verpfl. Später Führerschein. Viele Dankf. Inform. u. Rat d. Auto- u. Chauffeur-Nachr. Organ d. Reichs-wirtschaftsbundes d. Kraftfahrzeugbesitzer e.G.m.b.H. Freipros. geg. Müdd. verpfl. Chauffeur-Nachrichten. Berlin NW. 6. 6.667

Metallbetten
Stahlmatt, Rinderreit, direkt an Private, Katalog 1131 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl Thür.